

## Amtsenthbung und Korruptionsanklage

# Bannstrahl auf die Thaksin-Familie

Manfred Rist, Singapur 24.1.2015



Die frühere thailändische Regierungschefin Yingluck muss sich vor Gericht verantworten. (Bild: Imago)

Gegen die frühere thailändische Regierungschefin Yingluck ist ein Korruptionsverfahren eröffnet worden. Zudem wird sie mindestens fünf Jahre aus der Politik verbannt. Die Entscheide dürften wenig zur gesellschaftlichen Versöhnung beitragen.

Das vom thailändischen Militär ausgewählte Parlament in Bangkok hat am Freitag die ehemalige Ministerpräsidentin des Landes Yingluck Shinawatra formell ihres früheren Amtes enthoben. Der Entscheid der National Legislative Assembly (NLA) steht im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen. Nun muss sich die frühere Regierungschefin auch vor einem Gericht verantworten. Es drohen ihr bis zu zehn Jahre Haft.

### ***Vom Militär geprägtes Votum***

Die nun vom Parlament beschlossene Amtsenthebung ist bereits der zweite Schlag für die Schwester des 2006 entmachteten Thaksin Shinawatra. Wenige Tage vor dem Militärputsch am 22. Mai 2014 war sie bereits vom Verfassungsgericht ihrer Funktion enthoben worden. Das von ihr vertretene Argument, dass sie gar nicht eines Amtes enthoben werden könne, das sie nicht mehr innehatte, hinterliess im Plenum offensichtlich keinen Eindruck.

Der Beschluss der interimistisch agierenden NLA, der mit 190 von 219 Stimmen gefasst wurde, dürfte so oder anders ihr Schicksal besiegeln: Unabhängig vom Ausgang des Korruptionsprozesses wird Yingluck nämlich während mindestens fünf Jahren kein politisches Amt bekleiden können.

### ***Ein Schicksal wie der Bruder***

Die neuen Machthaber scheinen fest entschlossen, die nach wie vor populären Mitglieder der Thaksin-Familie endgültig auszuschalten. Denn Yingluck widerfährt mit dem Politikverbot und der Anklage ein ähnliches Schicksal wie ihrem Bruder: Auch Thaksin Shinawatra sah sich nach einem Putsch im Jahr 2006 mit einer Klage wegen illegaler Landgeschäfte und Interessenkonflikten konfrontiert. Nach seiner Verurteilung 2008 setzte er

sich zunächst nach Hongkong und später nach Dubai ab. Seine Schwester steht wohl bald auch vor der Alternative Gefängnis oder Exil.

Formell wird Yingluck vorgeworfen, bei der Überwachung eines Reis-Subventionsprogramms ihre Pflichten verletzt zu haben. Das Programm sah vor, dass der Staat den Bauern Reis zu einem Preis abkauft, der bis zu 50 Prozent über dem Weltmarktpreis liegt. Mit der Initiative, die den Staat schätzungsweise 15 Milliarden Dollar kostete, sollte ärmeren Reisbauern geholfen werden. Kritiker beschuldigten die Regierung damals, sie kaufe in den ärmeren Regionen des Landes Stimmen für ihre Pheu-Thai-Partei. Trotz klaren Wahlergebnissen zu ihren Gunsten stand die 47-jährige Yingluck immer im Ruf, bloss Marionette und Statthalterin ihres Bruders zu sein.

### ***Gespaltene Gesellschaft***

In einer ersten Reaktion bezeichnete Yingluck den Beschluss des Parlaments als «Tod der Demokratie». Dass mit dieser Entscheidung wenig zur Versöhnung der Gesellschaftsschichten in Thailand beigetragen wird, liegt auf der Hand. Das erklärte Ziel der Übergangsregierung von Ministerpräsident Prayuth, die politischen Gräben im Königreich zu schliessen, dürfte eher noch schwieriger zu erreichen sein.